EP-W-01-131-3

A – Was Wohlstand schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Lisa Badum (KV Forchheim)

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 131 bis 139:
Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir ~~schnell raus aus Kohle, Öl und Gas und rein in erneuerbare Energien und Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen wird es aber auch in Zukunft Emissionen geben, die schwer oder nach heutigem Stand der Technologie gar nicht zu vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie. In diesen Bereichen wollen wir technologische Chancen nutzen und das CO_2 direkt bei der Produktion abscheiden, speichern und gegebenenfalls nutzen (Carbon Capture Use and Storage, CCUS). Wo nötig, soll dies aktiv gefördert werden. Wir wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen dafür schaffen und eine integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer europäischer CO_2-Speicher – entwickeln.~~spätestens im Jahr 2045 klimaneutral leben und wirtschaften. Wir müssen also schnell raus aus Kohle, Öl und Gas und rein in erneuerbare Energien und Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen und Prozessen wird es aber auch in Zukunft unvermeidliche Restemissionen geben, die schwer oder nach heutigem Stand der Technologie noch nicht zu vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie. Wenn in einigen Prozessen in energieintensiven Industrien nach aktuellem Stand der Technik weder Emissionsminderung und -einsparungen, Elektrifizierung noch Umstellung auf grünen Wasserstoff möglich sind und Recycling oder eine konsequente Umstellung auf nachhaltige Rohstoffe nicht ausreichen, werden Prozesse zur Abscheidung und Speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) bzw. Nutzung von Kohlenstoffdioxid (Carbon Capture and Utilization, CCU) als Brückentechnologie eine Rolle spielen. Diese „unvermeidbare Restemissionen“ wollen wir eng definieren und kontinuierlich evaluieren.

Begründung

Für Deutschland ist klar, dass wir spätestens im Jahr 2045 klimaneutral leben und wirtschaften müssen. Dafür muss unser Stromsystem schon im Jahr 2035 klimaneutral sein. Aber auch unsere restlichen energiebedingten Emissionen müssen Anfang der 2040er Jahre nahe Null liegen. Diese Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft muss dabei alle Aspekte der Nachhaltigkeit vereinen – ökologische genauso wie auch soziale und ökonomische Aspekte.

Für einige Prozesse, wie in der Zement- und Kalkindustrie, in denen weder Elektrifizierung noch Umstellung auf grünen Wasserstoff möglich sind, werden auch die Prozesse Carbon Capture and Storage (CCS) sowie Carbon Capture and Utilization (CCU), also die Abscheidung und Speicherung bzw. Nutzung von Kohlenstoffdioxid, eine Rolle spielen. Wir beobachten allerdings mit Sorge, dass in der energie- und industriepolitischen Debatte CCS und CCU zunehmend als Heilmittel für alle Probleme, mithin als Alternative zu Strategien zur Vermeidung von Emissionen gesehen werden.

Die Nutzung von CCS/U muss daher engen Standards folgen und kontinuierlich dahingehend evaluiert werden, ob der Stand der Technik weitere Emissionsminderungen durch effizientere Prozesse oder andere klimafreundlichere Technologien sowie umweltfreundlichere Minderungskonzepte als präferierte Lösung statt CCS/U ermöglicht.

weitere Antragsteller*innen

Felix Banaszak (KV Duisburg); Tessa Ganserer (KV Nürnberg-Stadt); Michael Bloss (KV Stuttgart); Lukas Benner (KV Aachen); Katrin Uhlig (KV Bonn); Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach); Jan-Niclas Gesenhues (KV Steinfurt); Bettina Hoffmann (KV Schwalm-Eder); Sven-Christian Kindler (KV Hannover); Armin Grau (KV Rhein-Pfalz); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Malte Gallée (KV Bamberg-Stadt); Alexandra Geese (KV Bonn); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Renate Künast (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Martin Distler (KV Forchheim); Eva Günthner (KV Bamberg-Land); Kevin Klüglein (KV Coburg-Stadt); Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt); sowie 55 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.